

Die Grünen: Wählerbasis, politische Entwicklung, Programmatik

Dr. Horst Dieter Rönsch, geboren 1944, Studium am Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, ist Privatdozent an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld,

Die Wählerbasis der Grünen in Hamburg

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 19. 12. 1982 haben erwiesen, daß die Grünen - im Unterschied zu früheren Wahlen - auch in politisch polari-

sierter Situation und offenen Wahlchancen für beide Hauptlager imstande sind, ihre Wählerschaft im wesentlichen zu halten.

Die Wahlergebnisse zeigen zudem, daß sich dieses Wählerpotential seit der vorletzten Bürgerschaftswahl im Juni 1978 insoweit nicht verändert hat, als es nach wie vor gleichen Abstand zu SPD und CDU hält. Konzentrierten sich bereits 1978 die Wähler der damaligen Bunten Liste weder in den Hochburgen der CDU noch in denen der SPD, so hat sich dieser wahlgeographische Abstand für die Grün-Alternative Liste (GAL) 1982 eher noch vergrößert. Es gab trotz Wählerzuwachs gegenüber 1978 kaum einen Einbruch in Arbeiterwohngebiete und in die der gehobenen Mittelschicht. Nur sehr lose, verbunden mit Indikatoren wie „Anteil der in den Branchen Handel/Verkehr und Dienstleistungen Beschäftigten im Wohngebiet“ und - so darf man aus genaueren statistischen Untersuchungen der Wahlergebnisse schließen - unter Abstoßung der rechts-ökologischen früheren Wähler der Grünen Liste — Umweltschutz (GLU) - repräsentiert die GAL offensichtlich eine Wählerschaft, die in ihrer Zusammensetzung sozialstrukturell einen eigenen Typ verkörpert.

Nur wenige Wochen später hat der „Programm-Parteitag“ der Grünen in Sindelfingen bestätigt, daß auch im Programmatischen ein völlig eigenständiger Weg gegangen wird, der - würde er in der Tagespolitik strikt eingehalten - noch weniger als früher politische Kooperation mit anderen Parteien erlauben würde. Angesichts des durch Sindelfingen vergrößerten Abstands im Programmatischen und der gleichsam „gesinnungsethischen“ Parteistruktur der Grünen sind die Gegenstände und Gelegenheiten punktueller, pragmatischer Kooperation mit den Grünen nicht kalkulierbar. Ja, es muß die „Etablierten“ erschrecken, daß die Grünen anscheinend dem „Tanker“ Bundesrepublik (mit dem von Peter Glotz bereits beklagten langen Bremsweg) nicht nur eine radikale Kursänderung zumuten wollen, sondern ihn nach Möglichkeit auf hoher See in seine Bestandteile zerlegen würden, um so leichter die Kurve schaffen zu können. Wie häufig in derartigen Fällen konzentriert sich die Kontroverse natürlich nicht auf den künftigen Kurs, sondern darauf, ob besagte Bestandteile wohl überhaupt schwimmfähig wären - also auf Fragen der unmittelbaren „Machbarkeit“.

Diese Kontroverse, die nach einem eventuellen Wahlerfolg der Grünen am 6. März die deutsche Öffentlichkeit noch intensiver beschäftigen wird, soll hier nicht abgehandelt oder vorweggenommen werden. Daß sie aber überhaupt in dieser Weise entstehen konnte, liegt auch daran, daß die Grünen sich mittlerweile in einer Lücke einrichten konnten, die ihnen sowohl von den ratlosen Vordenkern einer „Politik der Reformen“ als auch von denjenigen Linken überlassen wurde, die damit beschäftigt sind, über eine Krise des Marxismus zu klagen.

Da es sich zumindest bei den nicht-ökonomischen Forderungen um alternative, bisher nicht erprobte Modelle der Gestaltung des Sozial- und Wirtschaftslebens handelt, darf man wohl fragen, wie sich eine derartige programmatische Radikalität mit der Beobachtung verträgt, daß die Grünen sich bereits jetzt weit jenseits der Prozentmarken bewegen, die randständige Parteien bisher in einem eher der politischen Mitte zugehörigen Land wie der Bundesrepublik erreichen konnten.

Die Sozialstruktur der Anhängerschaft der Grünen im Zeitvergleich

Untersucht man, in welchen Kreisen der Bevölkerung die Grünen stark sind, und auch, woher ihr beträchtlicher Zuwachs in den letzten Jahren stammt, erhält man kein klares Bild, das auf Anhalt die programmatische Entwicklung der Grünen „erklären“ könnte.

Beim Vergleich zweier Repräsentativumfragen sind in Tabelle 1 die Sympathisanten der Grünen (diejenigen, die sie gut finden, aber nicht wählen würden) und die Wahlbereiten (diejenigen, die sie u.U. oder auf jeden Fall wählen würden), aus den Jahren 1978 und 1982 gegenübergestellt¹. Daß beide Gruppen zusammen mittlerweile ca. 60 Prozent der Wahlbevölkerung umfassen, ist sicherlich nicht in jedem persönlichen Fall auf eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik und dem Programm der Grünen zurückzuführen; dazu spielen hierbei u. a. die allgemeine Partei- und auch die Staatsverdrossenheit eine zu große Rolle. Aber immerhin ist damit der Bereich derjenigen abgesteckt, die für Argumente der Grünen zumindest empfänglich sind.

Wie bereits der einleitende Befund über die Hamburger Wahlen vermuten ließ, ist der Anstieg des Wählerpotentials nicht auf eine grundlegende Verschiebung in neue sozialstrukturelle Bereiche zurückzuführen.

Allerdings haben die Grünen bei den Angestellten nochmals erheblich zuzugewinnen können, bei den Arbeitern war der Zuwachs etwas geringer und bei den Selbständigen war der Anteil rückläufig. Deutlicher als vor vier Jahren ist nunmehr auch angesichts der Entwicklung bei den Beamten die Mittelschichtprägung der grünen Bewegung².

1 Die Antwortvorgaben auf die Frage nach der Einstellung zu den Grünen lauteten „lehne ich ab“, „sind mir egal“, „finde ich gut, würde ich aber nicht wählen“, „würde ich u. U. wählen“, „werde ich sicher wählen“. Da es hier nicht um die Frage nach den Wahlchancen der Grünen gehen kann - dazu können zwei Jahre alte Umfragen ohnehin nichts mehr aussagen - sind die beiden letzten Vorgaben zur Sparte „Wahlbereite“ zusammengefaßt.

2 Zum Bild, das sich vor zwei Jahren bot, vgl. vom Verf. „Die Grünen: einmaliges Wahlrisiko oder soziale Bewegung?“ Gewerkschaftliche Monatshefte, 31. Jg., 1980, S. 500-511.

Tabelle 1: Zeitlicher Vergleich der Einstellung zu den Grünen in Abhängigkeit von sozialstrukturellen Merkmalen*

Von je 100 Befragten der jeweiligen Sozialstruktur-Kategorie sind:	Oktober 1978		Juli 1982	
	Sympathisanten	Wahlbereite	Sympathisanten	Wahlbereite
Geschlecht				
weiblich	27	21	27	28
männlich	24	20	34	28
Alter				
-19	23	35	20	56
20-29	27	25	20	47
30-49	26	20	36	22
50-64	23	17	32	21
65-	27	11	34	11
Berufliche Stellung der Befragten				
Arbeiter	24	18	31	24
Angestellter	28	20	27	31
Beamter	22	13	52	30
Selbständiger	24	26	27	23
Bildungsabschluß der Befragten				
Hauptschule	25	17	29	25
Mittlerer Abschluß	23	29	33	31
Abitur/Universität	31	24	31	39
Konfession				
Evangelisch	26	17	31	31
Katholisch	25	23	30	23
Sonstige	20	30	23	34
Gewerkschaftsmitglieder				
Ja	19	19	44	29
Nein	27	21	28	28
Anteil an den Befragten insgesamt				
	25	21	30	28

*EMNID-Umfragen von Oktober 1978 und Juli 1982 mit jeweils 1000 Befragten

Eine eindeutigere Verschiebung gab es in der Alterszusammensetzung. Hier wirkte sich das Nachwachsen von Jahrgängen aus, die die gleiche hohe Wahlbereitschaft für die Grünen aufweisen wie ihre unmittelbaren Vorgänger - die ihrerseits diese Bereitschaft nicht aus Altersgründen ablegen, sondern beibehalten. Während vor vier Jahren das grüne Hochplateau in der Altersgruppe zwischen 25 und 30 abbrach, liegt diese Abbruchkante zur geringeren Wahlbereitschaft der älteren Jahrgänge heute zwischen 30 und 35. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch diese älteren Jahrgänge mittlerweile einen höheren Sympathie-Anteil für die Grünen erkennen lassen.

Hinsichtlich der Bildungsabschlüsse gab es Veränderungen zugunsten der Grünen vor allem bei den oberen Abschlüssen, bemerkenswert ist aber auch der Zuwachs unter den Befragten mit Hauptschulabschluß.

Angesichts des konfessionellen Ungleichgewichts in der Friedensbewegung überrascht es nicht, daß sich der Anteil der potentiellen Wähler der Grünen unter den Protestanten deutlich erhöht hat.

Die Gewerkschaftszugehörigkeit der Befragten hat sich in dem betrachteten Zeitraum auf die Entwicklung einer grünen Wahlbereitschaft nicht hemmend ausgewirkt: sie stieg unter Gewerkschaftsmitgliedern genauso wie beim Durchschnitt der Befragten. Hingegen ist die Zahl der grünen Sympathisanten unter den Gewerkschaftsmitgliedern sehr viel größer geworden.

Zusammenfassend kann zur Veränderung des grünen Potentials (das natürlich noch keinen Hinweis auf die tatsächlichen Wahlchancen erlaubt) festgehalten werden, daß die Hauptexpansion unter den Angestellten und Beamten, den Protestanten und vor allem den jüngeren Jahrgängen stattfand; dies ist eine solch heterogene Bewegung, daß sie sich nicht ohne weiteres in der programmatischen Entwicklung festmachen läßt - wenn man einmal außer acht läßt, daß jüngere Jahrgänge in der Anhängerschaft die Unkonventionalität des Denkens in politischen Gruppierungen seit jeher gefördert haben.

Entwicklungsphasen der grünen Bewegung

Das Etikett „Grüne“ führt bereits seit einigen Jahren in die Irre, wenn man den programmatischen Schwerpunkt der neuen Partei bzw. politischen Gruppierung ins Auge fassen will. Nicht von ungefähr traten wichtige Landesverbände als „Bunte“ oder „Alternative“ Listen zur Wahl an. Es kam überdies zur Abspaltung ehemals namhafter Personen und Gruppen vom Hauptteil der Bewegung. Dies deutet nicht nur auf eine recht verschieden zusammengesetzte Basis hin, sondern ist auch Ausdruck einer raschen Entwicklung, die in drei Phasen erfolgte.

Lediglich in der *ersten Phase* der Entwicklung der grünen Bewegung stand der ökologische Aspekt im Vordergrund: Alarmiert u.a. durch den Bericht zu den „Grenzen des Wachstums“ und z.T. auch auf vorindustriellen Vorstellungen zum Verhältnis von Mensch und Natur fußend, wurde von einer bürgerlichen Mehrheit eine fast ausschließlich umweltschutzbezogene Programmatik diskutiert und ein Bündnis ökologisch Interessierter mit Mitgliedern von im Umweltschutz engagierten Bürgerinitiativen versucht. Man konzentrierte sich in dieser Phase eindeutig auf das Verhältnis des Menschen zu seiner natürlichen Umwelt.

So paradox das klingen mag - die Abkehr von dieser überwiegend ökologischen Orientierung erfolgte nicht zuletzt mit der Propagierung des AKW(Anti-

Kernkraftwerke)-Themas. Um diese symbolisch attraktive Streitfrage, bei der es ja auch um die Einstellung zu mächtigen Verbänden und Großorganisationen geht, sammelten sich auch solche, die die Umweltschutzprobleme in ihren vielen Verästelungen nicht wahr- bzw. wichtignahmen.

In der *zweiten Phase* der Entwicklung der grünen Bewegung mußte sich daher die ursprüngliche ökologische Orientierung die Aufmerksamkeit mit dem Anliegen von basisdemokratischen Initiativgruppen teilen. Insbesondere in den Großstädten stießen damit Gruppen zu den Grünen, die die Interessen derjenigen ausdrücken, die sich in wichtigen Lebensaspekten als Minderheit und nicht ausreichend vertreten fühlen und außerhalb der großen meinungs- und willensbildenden Instanzen wie Kirchen, Gewerkschaften oder Parteien stehen. Da diese Gruppen zu einem guten Teil die linken Spätfolgen der Studentenbewegung der sechziger Jahre darstellten, kam mit ihnen ein Gemisch von maoistischem, freudianischem, antikapitalistischem und hedonistischem Denken in die grüne Bewegung hinein, das nur auf einen sehr kleinen gemeinsamen Nenner mit dem ursprünglichen ökologischen Gedankengut zu bringen war. Der Akzent dieser „Ökologie“ lag daher eher auf dem Verhältnis von Mensch und sozialer Umwelt, mit der Forderung nach Selbstverwirklichungsmöglichkeiten bzw. Aufhebung von Entfremdung, ohne daß hierbei aber eine auf die Gesamtgesellschaft bezogene, halbwegs vollständige Programmatik versucht wurde. In dieser Phase war vor allem der Protest kennzeichnend für die Bewegung.

Genau dieser Mangel führte in der *dritten Phase* zu einer - durch die Dauerarbeitslosigkeit ausgelösten - verstärkten Beschäftigung mit der Wirtschaft und der Arbeitsgesellschaft. Nicht zuletzt auch wegen des zunehmenden Einflusses links-sozialistischen Denkens läßt sich daher von einer politökonomischen Phase der Grünen sprechen, in der nunmehr das Verhältnis von Mensch und wirtschaftlicher Umwelt im Mittelpunkt der programmatischen Arbeit steht. Dies heißt aber nicht, daß darüber der bereits erreichte ökologische und soziologische Diskussionsstand vergessen würde. Sehr deutlich ist man um eine Integration der unterschiedlichen Denkansätze bemüht, um den immer wieder erhobenen Vorwurf, Ein-Punkt-Partei zu sein, durch Erarbeitung eines umfassenden politischen Forderungskataloges zu entkräften. So treten neben die Forderungen nach einem ökologischen Gleichgewicht und nach Aufhebung gesellschaftlicher Entfremdung nunmehr die nach bedarfsgerechter Versorgung, nach neuen Prioritäten beim Einsatz ökonomischer Ressourcen, aber auch nach Beseitigung wirtschaftlicher Macht und damit Ausbeutung.

Diese Erweiterung ökologischer Zuständigkeit über die drei Phasen hinweg ist einesteils unmittelbare Folge des ökologischen Denkansatzes selbst, bei

dem das darin vorherrschende Denken in Systemen keine Begrenzung auf Teilbereiche zuläßt und insofern schon einen Hang zur Ausdehnung seiner Themenstellungen hat. Zum anderen handelt es sich aber auch um einen Ideologisierungsprozeß, d.h. also die Inbesitznahme immer weiterer Themenbereiche mittels Deutung aus einigen wenigen verbindlichen Grundprinzipien heraus³.

Nicht zu verkennen ist freilich, daß es bei den Grünen gerade an der logisch schlüssigen Ableitung ihrer konkreten Forderungen aus ökologischen oder soziologischen Grundprinzipien hapert. Es gibt z. B. keine ökologische Logik mit umfassendem Anspruch, die ideologiestiftend sein könnte. Zum Teil ist den Grünen das rasche Vorausschreiten über ungesicherte Grundlagen allerdings auch dadurch aufgezwungen worden, daß ihnen allmählich der Umweltschutz als Exklusiv-Artikel für den politischen Markt durch die etablierten Parteien weggenommen worden ist. Die meisten randständigen Reformbewegungen können das Monopol auf die pragmatischen Teile ihres Programms nicht halten, weil sich die stärkere politische Konkurrenz genau dieser Teile bemächtigt. Die Bewegung ist somit zwecks Nachweis ihrer Daseinsberechtigung zu immer neuer Radikalisierung und Ideologisierung genötigt - was jedoch der politischen Vermarktbarkeit solcher Ausweichartikel über den Kreis der ohnehin Protest-Gesinnten hinaus nicht förderlich ist.

Natürlich haben auf die Entwicklung der Grünen auch äußere Umstände und Zufälligkeiten Einfluß genommen. Daß gerade in der Partei-Gründungsphase Protestgruppen anderer Grundausrichtung bereitstanden, die zum Nachteil von Gruhl und seinen politischen Freunden so rasch zur Übernahme der neuen Partei gelangten, folgte nicht aus dem Entwicklungsstand ökologischen Denkens; daß die Arbeitslosigkeit kurz darauf zum drängendsten gesellschaftlichen Problem wurde, kam dem Einfluß jener politökonomisch ausgerichteten Soziologen zugute, deren theoretische Erfolglosigkeit Ende der siebziger Jahre offenkundig geworden war und die nun bei den Grünen den Zipfel erhascht zu haben glauben, durch den - wenn schon nicht ihre Theorie der Realität entsprach - sie die Realität im Sinne ihrer Theorie verändern könnten.

Daß schließlich die sowjetische SS-20-Rüstung und der NATO-Doppelbeschluß die Anti-Kernkraft-Bewegung in eine Friedensbewegung einmünden ließen, sicherte unvorhersehbare Mobilisierungschancen, ist aber kaum Verdienst der theoretischen Arbeit der Grünen.

³ Vgl. dazu Otthein Rammstedt, Soziale Bewegung, Frankfurt a. M. 1978, S. 154ff.

Das Wirtschaftsprogramm der Grünen als Widerspiegelung „grüner“ Interessen

Bereits das Bundesprogramm der Grünen aus dem Jahre 1980 spiegelte die Verschiedenartigkeit der Einflüsse wider, die zur Entwicklung der grünen Bewegung beigetragen haben. War das damalige Programm noch überwiegend bloße Nebeneinanderstellung vor allem ökologischer Forderungen, stellt das im Januar 1983 verabschiedete Wirtschaftsprogramm unter dem Titel „Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau: Sinnvoll arbeiten - solidarisch leben“ einen Versuch dar, die verschiedenen Traditionen und Strömungen der Bewegung in einem Programm zu integrieren, das quer zur politischen Hauptkampflinie der bundesdeutschen Politik liegt. Daher darf es nicht überraschen, wenn hier gleichsam ein Liberalismus ohne Kapitalismus, ein Sozialismus ohne Bürokratismus, ein Konservatismus ohne Traditionalismus, ein Räte-System ohne Zentralismus und ein Keynesianismus ohne Wachstum gefordert werden⁴.

Wie weit das grüne Konzept von herkömmlicher Wirtschaftspolitik entfernt ist, zeigt die Ersetzung des „magischen Vierecks“ zwischen Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzgleichgewicht, Preisstabilität und Wachstum durch ein neues zwischen Ökologie, Sozialstaatlichkeit, basisdemokratischer Mitbestimmung und Vollbeschäftigung⁵. Daß in dem neuen Viereck nicht weniger „Magie“ im Spiel ist, als in dem alten, läßt sich daran demonstrieren, daß aus dem Prinzip der Selbstverwaltung keinesfalls ökologisches Handeln entspringen muß, daß Sozialstaatlichkeit einer dezentralen Selbstverwaltung entgegensteht, daß aus Sozialstaatlichkeit weder Ökologie noch Vollbeschäftigung folgen usw.

Daran läßt sich ablesen, daß in dem Programm die verschiedenen Strömungen innerhalb der Grünen integriert werden mußten - wie das im Prinzip für jedes Parteiprogramm gilt. Das wird zum Teil an den Ausgangspunkten des Programms erkennbar:

- Zum einen wird der ökologische Kollaps, die schleichende Selbstvergiftung der Industriegesellschaft als Krisenauslöser genannt;
- zum zweiten wird die These der Basisdemokraten herangezogen, daß das Ausmaß der Entmündigung des Menschen in einer überbürokratisierten, durch Repräsentativsystem und Großorganisation nicht mehr angemessen steuerbaren Gesellschaft immer mehr zur Vernachlässigung individueller Interessen führe;

4 Hierbei werden auch Traditionen wieder aufgenommen, die bereits seit längerem keinen politischen Einfluß mehr hatten, wie etwa Fichtes Konzept des geschlossenen Handelsstaates oder besonders deutlich frühsozialistisches Denken.

5 Diese Akzentverschiebung zeigt aber auch, daß bei der Abfassung dieses Wirtschaftsprogramms wohl die Politische Ökonomie, nicht aber die gewöhnliche Ökonomie Pate stand.

- zum dritten wird ein politökonomisch hergeleitetes Krankheitsbild festgehalten, in dem die Krise der Arbeitsgesellschaft sowohl als Folge konzernkapitalistischer Tauschwert-Orientierung und damit des Verfehlens einer bedarfsgerechten Produktion gesehen wird als auch eine ständige Zurückdrängung des Produktionsfaktors Arbeit zugunsten des Faktors Kapital konstatiert wird.

So heterogen ihre Diagnosen auch sein mögen, so genau liegen die Grünen doch mit der allgemeinen Richtung ihrer Forderungen im Trend. Es kann kaum bezweifelt werden, daß verstärkter Umweltschutz, verkürzte Arbeitszeit, mehr Mitsprache am Arbeitsplatz und in der Politik sowie eine neue, dienstleistungsorientierte Sozialpolitik auch ohne die Grünen zu den wahrscheinlichen Ergebnissen der mittelfristigen politischen Entwicklung zählen werden. Dafür dürften ökologische Gegebenheiten, technische Trends und gesellschaftliche Veränderungstendenzen gleichermaßen sorgen. Das Besondere im Programm der Grünen ist dagegen gerade, daß diese Punkte im Interesse einer ausgewogenen Entwicklung bewußt gleichzeitig angegangen werden sollen, wobei aber (noch?) kaum operative Anleitungen gegeben werden, wie die wechselseitigen Abhängigkeiten dieser Politikbereiche beherrscht werden können und möglicherweise auftretenden Realisierungs- und Finanzierungsproblemen begegnet werden soll.

Trotzdem fällt es schwer, in diesem Fall an eine interessenlose Vertretung des Zeitgeistes durch die Grünen zu glauben. Betrachtet man beispielsweise die Zusammensetzung der Landeslisten der Grünen zur letzten Bundestagswahl, dann sind 27% ihrer Kandidaten den pädagogischen Berufen zuzurechnen, 11% kommen aus dem Bereich Forschung und Lehre und 7% zählen zu den Heilberufen. Zusammen mit Vertretern von Beratungs-, Verwaltungs- und künstlerischen Berufen fallen weit über die Hälfte der Kandidaten in den Dienstleistungsbereich. Dem stehen nur 14 % aus den Bereichen Produktion sowie Handel und Verkehr gegenüber.

Obwohl es bei keiner Partei zulässig ist, ohne weiteres von den Kandidaten auf die Mitglieder, und noch weniger von diesen auf die Wähler zu schließen, lassen sich die Grünen doch als Partei des Dienstleistungssektors bzw. des Reproduktionsbereichs bezeichnen. Im Zusammenhang mit der Wertwandeldiskussion der vergangenen Jahre hat man sich angewöhnt, gerade diesen Gesellschaftsbereichen ein besonderes Potential für Wertveränderungen bzw. für die Vertretung der sogenannten „Neuen Politik“ nachzusagen. Man darf aber auch unterstellen, daß bei der Abfassung eines Parteiprogramms oder in der Verfolgung der alltäglichen Politik neben allgemeinen politischen Zielen, wie z. B. Emanzipation oder Mitbestimmung, auch Interessen zum Ausdruck kom-

men, die aus der sozialstrukturellen Basis der dominierenden Schicht der Partei herleitbar sind.

Damit ist jedoch keine Interessenverfolgung aus Betroffenheit angesprochen - den Grünen ist ohnehin nicht nachzusagen, sie seien ein Dachverband örtlicher Verhinderungs-Bürgerinitiativen. Im Gegenteil, nicht ein aus unmittelbarer Betroffenheit herrührendes Sankt-Florians-Motiv, sondern eher eine „Betroffenheit ohne Auftrag“, ein uneigennütziges Parteinehmen sogar für diejenigen, die sich selbst noch gar nicht betroffen fühlen, ist kennzeichnend für das politisch-moralische Selbstverständnis der Grünen - die sich im übrigen mit diesem Altruismus überhaupt nicht von früheren radikalen Reformbewegungen - wie etwa der Sozialdemokratie im vorigen Jahrhundert - unterscheiden.

Bei den Grünen liegt der Fall deshalb neuartig, weil hier das erwähnte altruistische Interesse wegen der vorherrschenden Dienstleistungssektor-Prägung ohne weiteres mit einem beruflichen Interesse vereinbar ist. Damit ist die Tatsache gemeint, daß die Dienstleister - seien sie Lehrer, Ärzte oder Berater - von Berufs wegen immer schon eine Vorstellung des Zustandes haben müssen, zu dem sie ihren Klienten erst noch verhelfen sollen. Somit kann das, was in Ausübung der Berufsrolle ohnehin erarbeitet wird, verallgemeinert und politisch umgesetzt werden - mit der Konsequenz, daß dann auch Standesinteressen gefördert werden, wenn doch nur das Gemeinwohl im Vordergrund steht.

Darf man also folgern, daß Argumente der Grünen unglaubwürdig werden, weil sie *auch* einem Eigeninteresse entspringen? Sicher nicht dann, wenn es um Umweltschutz geht. Wenn es der neuen Mittelschicht zuerst auffällt, daß das industrielle Wachstum an Grenzen stößt, dann wird diese Erkenntnis durch ihre Herkunft nicht falsch. Zweifel könnten schon eher berechtigt sein, wenn - wie zu unterstellen ist - z. B. im Wirtschaftsprogramm der Grünen eine Ressourcenverlagerung großen Stils in den tertiären, den Dienstleistungssektor angelegt ist. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wird nicht etwa eine Erhöhung der Massenkauflkraft gefordert, die überwiegend in den produzierenden Bereich wandern würde (dieses links-keynesianische Rezept könnte auf ein bloß quantitatives Wachstum hinauslaufen). Aber auch eine „grüne“ Investitionspolitik (Investitionen in alternative Energien und Technologien, von denen kein Rationalisierungs-, sondern ein Beschäftigungseffekt erwartet wird) würde trotz dabei erreichbaren qualitativen Wachstums wahrscheinlich zu einer relativen Beschneidung des sekundären Sektors führen - zumal, wenn gleichzeitig eine Ausdehnung öffentlicher Dienstleistungen durch Umverteilung (teils von oben nach unten, teils durch Rüstungsabbau) angestrebt werden soll. Selbst wenn diese Expansion - etwa im Bereich der medizinischen und psychia-

trischen Versorgung- als überfälliger Ausgleich gesundheitsgefährdender Einflüsse der Industriegesellschaft bezeichnet wird, so werden doch damit auch Beschäftigungsmöglichkeiten für ein Fachpersonal angestrebt, das in den Reihen der Grünen überdurchschnittlich vertreten ist.

Ähnliches gilt etwa für die vielen Sozialwissenschaftler, die als „soziologische Advokaten“ ein weites Arbeitsfeld in der Beratung der angestrebten Selbstverwaltungsgremien finden könnten - ein Berufsfeld, das den Soziologen die Chance eröffnete, vielleicht doch einmal mit den bisherigen Monopolisten für Entscheidungsverfahren, den Juristen, gleichziehen zu können. Dies deutet im übrigen auf einen oft übersehenen Aspekt bei der Erklärung der besonderen sozialstrukturellen Verankerung der Grünen hin: Viele Spitzenberufe des Dienstleistungssektors sind trotz hoher Professionalisierung in der Regel von Planungs- und Entscheidungspositionen in Politik und Wirtschaft ausgeschlossen, die ihrerseits von einer juristisch-ökonomischen Elite besetzt gehalten werden. Daher ist es plausibel, wenn eine im expandierenden Dienstleistungssektor entstehende zahlenmäßig beträchtliche, vom Berufs- und Ausbildungsstatus gleichrangige Gruppe sich allmählich als Gegenelite in Konkurrenz zur Machtelite versteht.

Die Grünen im Wertwandelprozeß

Die von den Grünen entwickelten Modelle künftiger Sozial- und Wirtschaftsstruktur sind weitgehend abgelöst von den bewußtseinsmäßigen Bedingungen gesellschaftlichen Wandels. Dies ist um so erstaunlicher, als es eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg des industriell-kapitalistischen Systems zumindest während der letzten Jahrzehnte war, daß die individuellen Handlungsmotive (auf der Seite des Produzierens wie auf der des Konsumierens) sich in weitgehender Übereinstimmung mit den Interessen der Produktion befanden. Ein Aufbrechen dieser Interessen-Motiv-Allianz war und ist Vorbedingung für jede Veränderung des Industriesystems. In den letzten Jahren hat sich in der Tat auf diesem Gebiet einiges geändert. Sowohl die Konsumbereitschaft als auch die Arbeitsmotivation haben vor allem in den jüngeren Jahrgängen abgenommen bzw. sich verändert.

Das könnte sich im Sinne grüner Veränderungsprojektionen als positiv erweisen. Zu bedenken ist aber, daß - um einmal die in unserer Gesellschaft vorherrschenden Typen von Wertorientierungen und Handlungsmotiven auf diese Nenner zu bringen - damit zunächst nur der „ökonomische Mensch“ zurückgedrängt wird. Der „bürokratische Mensch“ hingegen, mit seinem Regelgehorsam, seinem Konformismus und Konservatismus sowie seinem Vertrauen auf die Wohltätigkeit von (staatlichen) Großorganisationen bleibt der domi-

nierende Typ, mit dem dennoch - aufgrund gelernter und späterhin nicht in Frage gestellter Konsum- oder Arbeitsverhaltensmuster - das Funktionieren der westlichen Industriegesellschaften relativ gut gewährleistet ist. Der neue Typus, der „ökologische“ oder der „politische Mensch“ ist eher spezialisiert auf ökologische Systemzusammenhänge, auf Infragestellung politischer Routinen und Ziele, auf Entscheidungsfindung durch Diskussion statt durch Machtwort - und damit in gewisser Weise Vorreiter für eine alternative Gesellschaft.

Die grüne Programmatik favorisiert und verabsolutiert diesen dritten Typus so sehr, daß sie gar nicht zu der Frage kommt, wie häufig er eigentlich schon sei. In bemerkenswertem Optimismus setzt man vielmehr voraus, daß es bei jedem Gesellschaftsmitglied nur des Anstoßes bedürfe, damit es sich von den Verformungen befreie, die ihm durch das Industriesystem und die Bürokratie auferlegt wurden. Dieser Anstoß könnte eine basisdemokratische Selbstverwaltung sein, durch die nicht so sehr ein Rousseausches „Zurück zur Natur“ bewirkt würde, sondern ein „Vorwärts zu nicht-entfremdeten Sozialbeziehungen“ - was seinerseits auch ein rationales Handeln in allen anderen Lebensbereichen zur Folge hätte, einschließlich eines bewußteren Umgangs mit der Natur.

Dieser Typus, der die in den letzten Jahren in der Fachliteratur diskutierten Haupttendenzen des Wertwandels (hin zu Postmaterialismus und hin zu einem neuen Selbstverwirklichungs-Hedonismus) in sich vereint, findet sich überproportional unter jungen Menschen, Protestanten und Mittelschichtangehörigen. Dies ist aber auch genau das Wachstumspotential der Grünen (vgl. Tab. 1). Postmaterialisten, die auch Hedonisten sind, machten im Herbst 1979 40% derjenigen aus, die die Grünen sicher oder möglicherweise einmal wählen würden - in der Gesamtbevölkerung sind sie nur zu 25 % vertreten.

Dieser Befund führt einen Schritt weiter, wenn es um die Erklärung der Zunahme des Anhängerkreises der Grünen während der letzten Jahre geht, denn weder die unmittelbare individuelle Betroffenheit durch Umweltprobleme noch der bloße Einfluß des Alters, also ein Generationengegensatz, können das Ausmaß der Sympathie für die Grünen allein erklären.

Bei der inhaltlichen Bestimmung der Wertwandeltendenzen läßt sich festhalten,

- daß der Postmaterialismus für die Wertschätzung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Politik steht, verbunden mit der Vorstellung von einer humanen Gesellschaft, in der Konsum und Wachstum nur eine geringe Rolle spielen - er ist damit gegen die bürokratische Rationalität, die Grund-

- lage aller modernen Großorganisationen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gerichtet;
- daß der Hedonismus für die Bejahung der Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums und für den Lebensgenuß steht, bei gleichzeitiger Absicherung durch ein ausgedehntes System der sozialen Sicherheit - er ist damit gegen ein Denken in Pflichten und gegen ein leistungsorientiertes Arbeitsverständnis gerichtet, das der technischen und ökonomischen Effizienz der modernen Industriegesellschaft zugrundeliegt.

Wenn man in Rechnung stellt, daß die sogenannten Postmaterialisten auch ein überdurchschnittliches Interesse am Umweltschutz aufweisen, dann lassen sich die Hauptelemente der grünen Programmatik (Selbstverwaltung, Sozialpolitik und Umweltschutz) in den wichtigsten Wertwandelrends wiederfinden. Solche Aussagen gelten (wie die meisten Thesen der Soziologie in diesem Feld) natürlich immer nur ungefähr: nur die Haupttendenz, wie sie sich in der Ideologisierungphase der Grünen darstellt, ist auf den Begriff gebracht. Unklar bleibt, ob diese Haupttendenz in ihren Inhalten auch von der weiteren Anhängerschaft der Grünen geteilt wird. Danach würde sich richten, wie sicher sich die Grünen ihrer Anhängerschaft sein können, bzw. welche Chancen die etablierten Parteien längerfristig bei diesen Wählern hätten. Mit anderen Worten: Wie eng ist die relativ große Gruppe derjenigen, die zur Wahl der Grünen bereit wären, ihnen auch inhaltlich verbunden? Wie groß ist die Gruppe, die inhaltlich weitgehend auf der Linie der grünen Programmatik liegt?

Die Tabelle 2 zeigt auf den ersten Blick, daß es mit der Einheitlichkeit der Einstellungen zu den zentralen Programmpunkten unter den Anhängern der Grünen nicht weit her ist. Dies wird noch deutlicher, wenn die Größe der Gruppe derjenigen berechnet wird, die sowohl bereit wären, sich an Bürgerinitiativen zu beteiligen (hier stellvertretend für die subjektiv empfundene Vordringlichkeit von Selbstverwaltungengagement) als auch ökologisch sensibilisiert sind sowie schließlich eine deutliche Sozialstaatsorientierung aufweisen: Sie umfaßt nur 9% der Wahlbereiten⁶.

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die die programmatische und Popularitätsentwicklung der Grünen in nicht vorhersehbarer Weise beeinflussen können, so etwa der Ausgang der Nachrüstungs-Politik, die Entwicklung der Jugend-Arbeitslosigkeit oder das Ergebnis der nächsten Bundestagswahl.

⁶ In der Umfrageforschung gehört es zum festen Wissensbestand, daß mit Einzelfragen dieser Art nicht das größere Feld von Einstellungen zum jeweiligen Thema angemessen erfaßbar ist. Trotz der Einschränkung ist hier die Tendenz zur Divergenz deutlich.

Tabelle 2: Indikatoren für die Übereinstimmung mit den Hauptforderungen des grünen Programms*

	Sympathisanten (in %)	Wahlbereite**) (in %)
ggf. Beteiligung an einer Bürgerinitiative?		
ja	57	60
nein	43	40
Vorgandensein von Problemen im Umweltschutz		
ja	53	48
nein	47	52
Soziale Sicherung – eher durch		
den Einzelnen selbst	65	58
den Staat	35	42

*EMNID-Umfrage Dezember 1980

**Zur Benennung der Befragten-Kategorien vgl. Anmerkung 1

Dennoch gibt es einen strukturellen Grund, der *gegen* ein weiteres Wachstum der Partei der Grünen spricht: Er liegt in der Schwierigkeit, mit konsequent ausformulierten, dabei aber nicht ganz widerspruchsfreien Programmpunkten über den Kern der eigenen Anhängerschaft hinaus akzeptiert zu werden, bei gleichzeitigen Bemühungen der etablierten Parteien, sich alle pragmatischeren (und damit mehrheitsfähigen) Programmpunkte anzueignen und die Grünen in die Radikalisierung zu treiben.

Daneben gibt es einen strukturellen Grund, der *für* eine weitere Verbreitung grünen Denkens spricht: Er liegt in der Unausweichlichkeit, mit der in einer von Arbeitslosigkeit und Marksättigung gleichermaßen bedrohten Industriegesellschaft der Dienstleistungssektor ausgedehnt werden muß, was wiederum zur Förderung der Werte führt, die eine grüne Ideologie voraussetzt - und zur Verstärkung der sie propagierenden Gegenelite.

Das ist die Ausgangssituation für einen Wettlauf, der nicht durch die Bemühungen der Grünen entschieden werden dürfte, sondern durch die Unterlassungen ihrer Gegner.